

Kommt die Steuer auf Pestizide?



Die Verteuerung von risikoreichen Pflanzenschutzmitteln könnte das Verhalten der Landwirte ändern und so den Fokus auf weniger risikoreiche Produkte und alternative Massnahmen richten.

(Bild Fotolia)

Pflanzenschutz / Kritiker des Aktionsplans fordern eine Pflanzenschutzmittel (PSM)-Verteuerung. Für Bund und Industrie erzeugt sie jedoch zu viel Aufwand.

BERN Die Trinkwasser-Initiative kommt an die Urne. Trotz anfänglicher Sympathien melden sich nun Bio Suisse sowie der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) zu Wort (die BauernZeitung berichtete). Während der Bioverband einen Gegenvorschlag fordert, will der VSA den «wenig ambitionierten» Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (NAP) ausbauen. Eines der vorgeschlagenen Elemente, die die Umsetzung des NAP vorantreiben soll, ist die Lenkungsabgabe auf PSM.

Verteuerung von Pestiziden

«Der NAP leitet nicht die von uns geforderte Trendwende im Umgang mit Pestiziden ein, sondern will nur die heutige Praxis optimieren», äussert sich der VSA-Direktor Stefan Hasler. Mit zusätzlichen Elementen wie beispielsweise der Lenkungsabgabe auf PSM könne eine solche «Trendwende» eingeleitet werden: Mit einer Verteuerung würde der Einsatz risikoreicher Pestizide nur noch dann in Betracht gezogen, sollten nachhaltige Pflanzenschutzmassnahmen versagen.

Auch Robert Finger, Professor für Agrarökonomie und Agrarpolitik an der ETH Zürich, ist der Meinung, dass – im Gegensatz zu Verboten – eine Verteuerung von

PSM Türen für andere mögliche Pflanzenschutzmittelstrategien offen halten würde.

Studie bestätigt Nutzen

Robert Finger und Mitarbeiter haben sich 2016, im Rahmen einer vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) beauftragten Studie, mit dem PSM-Abgabesystem zur Reduktion von PSM auseinandergesetzt. Dabei kamen sie zu erfolgversprechenden Ergebnissen:

- Höhere Preise für risikoreichere Produkte geben einen Anreiz zu weniger risikoreichen und nicht-chemischen Pflanzenschutzstrategien.
- Wenig risikoreiche Produkte würden nur geringfügig verteuert.
- Steuereinnahmen sollen Landwirten rückvergütet werden, wenn diese Massnahmen ergreifen, die das Risiko des PSM-Einsatzes weiter reduzieren (z. B. Verwendung einer besseren Ausbringungstechnik oder alternative Anbauverfahren).

Auch wenn Lenkungsabgaben auf PSM nicht zu einer erheblichen Mengenreduktion dieser führen – im Mittel ergibt eine Preiserhöhung von 10 Prozent auf PSM nur eine 2,8-prozentige Mengenreduktion – so ist sich

Finger sicher, dass der Anreiz zu alternativen Massnahmen das Risiko von PSM langfristig senken kann. Das Abgabesystem käme daher als Komponente zur Zielerreichung des NAP in Frage, wenn es als

Teil eines Sets von sich ergänzenden Massnahmen eingesetzt wird.

Abfuhr von Bund und Industrie

Die im Vorfeld diskutierte Lenkungsabgabe auf PSM sucht man jedoch vergeblich im NAP. «Die Erhebung einer Lenkungsabgabe wäre mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden, was im Widerspruch zur angestrebten administrativen Vereinfachung steht», sagt Jürg Jordi vom BLW. Ausserdem sei das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Lenkungsabgabe ungünstig, weshalb sich der Bundesrat entschieden hat, die Ziele des Aktionsplans vor-

erst mit den darin vorgesehenen Massnahmen zu erreichen.

Auch die Industrie kritisiert die Abgaben auf PSM. Eine nachhaltige Risikoreduktion könne viel effizienter durch Innovation, verbesserte Anwendungstechnik, Bildung und fachkompetente Beratung der Anwender erreicht werden, erklärt Anna Bozzi von Scienceindustries, des Schweizer Wirtschaftsverbands Chemie Pharma Biotech.

Zudem würde die Nachfrage nicht auf Lenkungsabgaben reagieren: «Landwirte setzen PSM nur dann ein, wenn Krankheiten oder Schädlinge die Pflanzen befallen. Eine ungenügende Dosierung könnte die Wirkung beeinträchtigen und die Entwicklung von Resistenzen begünstigen», so Bozzi.

Positive Erfahrungen

«Die Aussagen von Bund und Industrie stehen im klaren Widerspruch zu den langjährigen Erfahrungen in anderen Ländern und unseren Erwartungen», kritisiert Robert Finger. Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich hätten gezeigt, wie Lenkungsabgaben auf PSM im System integriert werden könnten: Ein positives Beispiel ist Dänemark, in dem sich seit 2013 die Steuerhöhe an den Risiken für Umwelt und die menschliche Gesundheit jedes einzelnen PSM orientiert. Beispielsweise beträgt

die Abgabe auf das glyphosathaltige Produkt Roundup PowerMax 40%. Auch sei der Mehraufwand für Behörde, Landwirt und Händler gering: «In Schweden wird der Aufwand für die Behörden auf zwei bis vier Personentage pro Jahr, in Norwegen auf 230 Stunden pro Jahr geschätzt», so Finger. Er bestätigt, dass eine Ausgestaltung eine anfängliche Investition von Zeit und Wissen benötige, um das Abgabesystem aufzusetzen. Allerdings habe das BLW schon alle notwendigen Daten, die es zum Ausgestalten benötige. Und es würden bereits etablierte Systeme wie das dänische mit gutem Beispiel vorangehen. Er ist der Meinung, dass die Kontrolle von detaillierten, verschärften Anwendungsvorschriften von PSM – wie sie im NAP vorkämen – um einiges aufwendiger wäre.

«Lenkungsabgaben auf PSM könnten zu einer erheblichen Verhaltensänderung bei Landwirten im Umgang mit PSM und zu nachhaltigen Substitutionen mit weniger toxischen Produkten führen», untermauert VSA-Direktor Stefan Hasler. Allerdings spricht sich der Bundesrat gegen eine Lenkungsabgabe im NAP aus. Der VSA hofft nun, mit seinen Lösungsansätzen zumindest in der AP 22+ Anklang zu finden. Das BLW äusserte sich allerdings zu einer Aufnahme bis anhin nur verhalten. *Katrin Erfurt*

Aktionsplan PSM

Der Bund verabschiedete vergangenes Jahr den Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (PSM). Mit einer breiten Massnahmenpalette soll das Risiko von PSM halbiert werden – beispielsweise der PSM-Eintrag in Gewässer. Anwendungen von PSM mit besonderem Risikopotenzial sollen bis 2027 um 30% reduziert werden. *ke*

10 Punkte für die AP 22+

Der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) setzt sich für saubere und lebendige Gewässer sowie den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wasserressource ein. Vorletzten Montag postulierte der VSA zehn Massnahmen, die die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an die Wasserqualität in der Agrarpolitik 2022+ (AP 22+) umsetzen sollen. *ke*

«Eine Verteuerung reduziert das Risiko von PSM.»

Robert Finger, ETH-Professor für Agrarökonomie und Agrarpolitik